



## Abstimmungspodium zur Erbschaftssteuer-Initiative

An einer überparteilichen Podiumsdiskussion gestern im Roten Haus in Brugg wurde über Sinn und Unsinn der Erbschaftssteuer-Reform, über die am 14. Juni 2015 abgestimmt wird, diskutiert. Diese will Erbschaften über 2 Millionen Franken auf Bundesebene mit einem Satz von 20 Prozent besteuern. Schenkungen über 20 000 Franken pro Jahr und beschenkter Person sollen rückwirkend dem Nachlass hinzugerechnet werden. Die Diskussion auf dem Podium war angeregt. Den Initianten wurde entgegnet, dass mit der Erbschaftssteuer-Initiative die Katze im Sack verkauft wird.

*Brugg, 28. Mai 2015.* Am 28. Mai 2015 haben an einem überparteilichen Podium Corina Eichenberger, Nationalrätin FDP, Andreas Meier, Nationalratskandidat CVP, Heiner Studer, a. Nationalrat EVP und Cédric Wermuth, Nationalrat SP über die Initiative diskutiert. Geleitet wurde die spannende Diskussion von Fabian Hägler, Aargauer Zeitung.

### Nein zur Gefährdung unseres Wohlstands

Der Ertrag der Erbschaftssteuer soll zu einem Drittel an die Kantone, zu zwei Dritteln an die AHV gehen. Letztlich sei das nur «Pflasterli»-Politik, wie Thomas Burgherr im einleitenden Referat festhält. Ausserdem betont er: *«Der Werkplatz Schweiz ist heute schon hart gefordert: besonders Familienunternehmen, die tragenden Säulen mit einem verlässlichen Wert in der Schweizer Wirtschaft. Mit einer Bundeserbschaftssteuer würden wir viele KMU-Betriebe und somit auch Arbeitsplätze gefährden. Das will ich nicht. Darum ist die Erbschaftssteuer-Initiative klar abzulehnen.»*

### Nein zur Dreifachbesteuerung

Laut Cédric Wermuth betreffe die Erbschaftssteuer letztlich nur 2 Prozent der Bevölkerung, also die Reichsten der Schweiz. Es gehe um die Umverteilung, und Patrons könne er beruhigen: «Es gibt verfassungsmässig Ausnahmen und es wird kein Unternehmen gefährdet.» Andreas Meier entgegnet: «Man kauft mit dieser Initiative die Katze im Sack und schafft eine gefährliche Unsicherheit für KMU. Mogelpackungen will die Bevölkerung nicht.» Er will die Annahme der Initiative verhindern, weil Vermögenswerte nach dem Verkaufswert bewertet würden; eine derartige Bewertung wäre schädlich. Laut Corina Eichenberger leisten die Vermögenden einen überproportionalen Anteil an die Steuereinnahmen. Ausserdem betont Eichenberger: «Die Vermögen werden zu Lebzeiten bereits regelmässig versteuert. Nun sollen diese beim Übergang an die Nachkommen zusätzlich nochmals versteuert werden. Das ist nicht zeitgemäss.»

Kontakt:

Kaspar Schoch, Geschäftsführer FDP.Die Liberalen, 078 802 28 58

